

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 31

Von 29.Juli. bis 04.August.2024

Hörl für und gegen „Bauern-Euro“

Noch-ÖVP-Nationalrat und Touristiker **Franz Hörl** sieht den von der Landwirtschaft geforderten „Bauern-Euro“ kritisch. Inhaltlich hat er dafür Verständnis. „Mir ist der ‚Bauern-Euro‘ lieber als jener für die Mobilität, weil ich ihn in der Berglandwirtschaft besser verwaltet wüsste als beispielsweise beim Verkehrsverbund Tirol/VVT.“ Nachsatz: Wobei er schon auf die Verteilung unter den Bauern gespannt wäre. Aber: „Meine Erfahrung bei der ‚Mobilität Zillertal‘ zeigt, dass beim Verkehrsressort noch viel Luft nach oben ist, was Arbeitsgeschwindigkeit und Effizienz betrifft.“

Gegen den „Bauern-Euro“ aus dem Tourismus spricht für Hörl, dass es allein wegen der neuen Tourismusabgabe nicht gehe, zweimal die Kurtaxe als Grundlage für Finanznöte



Hörl hätte schon Verständnis für den „Bauern-Euro“. Foto: Rita Falk

heranzuziehen. „Außerdem kann der Tourismus in Tirol ja nun auch nicht alles leisten.“

Einzig und allein auf Verbotspolitik zu setzen, zeige „die Unfähigkeit und Hilflosigkeit der schwarz-roten Landesregierung“, kritisiert Listefritz-Parteioberfrau **Andrea Haselwanter-Schneider** die aktuelle Verkehrspolitik unter Landeshauptmann LH **Anton Mattle** (VP). Für Haselwanter-Schneider benötigt es Anreize, damit die Frächterlobby das Angebot auf der Schiene auch nutze. „Aber von der Regierung gibt es seit Jahren nur Ankündigungen.“ (pn)

Innsbruck floppt beim Baugrund

Debatte über Wohnungsnot: Stadt könnte bis zu sechs Hektar für sozialen Wohnbau widmen.

Innsbruck – Das war ja zu erwarten: Vor allem die Innsbrucker SPÖ und die Grünen, aber auch die KPÖ, Liste Fritz sowie Mesut Onay (ALI) üben scharfe Kritik daran, dass das Land die geforderte Notstandsverordnung für Vorkaufsrechte oder Enteignungen ablehnt. Laut Erhebungen hätten nur 2315 Personen oder 1,74 % einen akuten Wohnbedarf. Mit der Verordnung wären erstmals die im Bodenbeschaffungs-

gesetz verankerten Eingriffe in den Grundstücksmarkt aktiviert worden.

„Das Land Tirol drückt sich vor einer Verordnung zum Wohnungsnotstand und rechnet sich die Zahlen schön. Die Berechnungsmethode des Landes ist nicht nachvollziehbar“, kritisiert der für die Wohnungspolitik verantwortliche Vizebürgermeister Georg Willi (Grüne) die Ablehnung einer Notstandsverordnung.

Die SPÖ mit Vizebürgermeisterin Elli Mayr und Klubchef Benjamin Plach macht die ÖVP dafür verantwortlich, die leistbares Wohnen absichtlich sabotieren wolle, um die Immobilienlobby zu schützen. Der zuständige Landeshauptmannstellvertreter und Wohnbaureferent Georg Dornauer (SPÖ) will hingegen die Kritik nicht gelten lassen. „Das Land hat sich seriös mit den Fakten auseinandergesetzt.“ Er sieht Enteignungen

(„Ich frage mich, wie die Stadt diese finanzieren will und ob damit die anrechenbaren Grundkosten für die Wohnbauförderung erreicht werden können“) und überschießende Eingriffe generell kritisch. Dass in der Landeshauptstadt keine Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau ausgewiesen wurden, bezeichnet Dornauer als Kardinalfehler.

Das bestätigt auch der für die Bodenpolitik verantwortliche Landeshauptmannstell-

vertreter Josef Geisler (VP). Tirolweit haben 95 Gemeinden 58,3 Hektar für geförderte Wohnbauvorhaben gewidmet. 170 Flächen können dafür genützt werden.

In Innsbruck wären rund sechs Hektar dafür geeignet, doch politisch konnte man sich nicht darauf einigen. Außerdem soll die Stadt noch im Besitz von rund zehn Hektar Flächen sein. (pn)

Mehr auf den Seiten 2, 4

Bierhoff vermietet an Feriengäste

Gesetz ermöglicht es dem ehemaligen deutschen Fußballmanager Oliver Bierhoff, Ferienwohnungen in alter Hofstelle zu vermieten.

Innsbruck – Wer und wie in Tirol Immobilien erwerben kann, regeln die Bodengesetze Raumordnung und Grundverkehr. Wird ein Hauptwohnsitz errichtet oder wechselt ein genehmigter Freizeitwohnsitz den Eigentümer, ist alles kein Problem. Doch es gibt viele Grauzonen. Mercedes-Motorsportchef Toto Wolff hat über seine Firmen zwei Anwesen in Aurach gekauft. Der Trainer der deutschen Fußballnationalmannschaft, Julian Nagelsmann, errichtet gerade in Fieberbrunn ein Haus und schon Jahre zuvor erwarb der ehemalige Fußballteammanager Oliver Bierhoff mit seiner Frau einen Freizeitwohnsitz mit rund 15.000 Quadratmetern Freiland und eine aufgelassene Hofstelle in Hochfilzen.

Den Freizeitwohnsitz mit 103 Quadratmetern Fläche hat er neu errichtet, die Hofstelle wird jetzt ebenfalls umfangreich erweitert. Zwei Immo-

bilien – wie ist das möglich, zumal nur eine zu Ferienzwecken gewidmet ist?

Der einstige Bauernhof darf zum einen um bis 25 Prozent oder maximal 300 Kubikmeter Baumasse vergrößert werden, andererseits richtet Bierhoff darin Ferienwohnungen ein. Laut Raumordnungsgesetz kann eine vor 1996 gebaute Hofstelle weiterhin zu Wohnzwecken verwendet werden. Dazu zählen auch Ferienwohnungen. Dabei muss der Besitzer im Gegensatz zur Vermietung von Privatzimmern nicht im selben Gebäude wohnen.

Ein „Schlupfloch“, das politisch für Diskussionen sorgt. „Es zeigt sich, dass diese Freiland-Regelung viel zu großzügig ist und geändert gehört, weil sie immer wieder missbraucht wird“, fordert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint Aufklärung und eine gesetzliche Änderung. (pn)

Mehr auf Seite 4

Aus alter Hofstelle macht Bierhoff Ferienwohnungen

Raumordnungsgesetz macht es möglich: Weil Hof vor 1996 errichtet wurde, muss deutscher Ex-Teammanager für Vermietung nicht einmal darin wohnen.

Von Peter Nindler

Hochfilzen – Der Immobiliendeal im Unterland sorgte schon vor Jahren für Aufsehen und ist jetzt um eine weitere Facette reicher. Denn der ehemalige Manager des deutschen Fußballnationalteams Oliver Bierhoff errichtet gerade auf einer von ihm 2016 erworbenen aufgelassenen Hofstelle Ferienwohnungen für die wechselseitige touristische Vermietung. Und er muss selbst gar nicht in dem Gebäude wohnen, weil es vor 1996 errichtet wurde. Oliver Bierhoff logiert schließlich nebenan in seinem ebenfalls 2016 gekauften Freizeitwohnsitz.

Zugleich nennt Bierhoff dort mit seiner Ehefrau 15.000 Quadratmeter Freiland sein Eigen. Darunter befinden sich Umgebungsflächen, landwirtschaftliche Felder und ein Wald. Den bestehenden Freizeitwohnsitz hat die Familie durch einen Neubau ersetzt, auf einem Nachbargrundstück ließ sich Bierhoff noch eine freie Aussicht auf die Bergwelt einräumen. Derzeit wird die alte Hofstelle um- und ausgebaut. Das sorgt in der Politik für Diskussionen, zumal Bierhoff künftig auch als Vermieter von Ferienwohnungen auftreten wird.

Freizeitwohnsitze sind das nicht, weil Gebäude mit höchstens drei Wohnungen und insgesamt höchstens zwölf Betten, die während des Jahres jeweils kurzzeitig an wechselnde Personen vermietet werden (Ferienwohnungen), nicht unter das Freizeitwohnsitzregime fallen. Gewerblich darf Bierhoff hingegen nicht vermieten.

Die Vorgänge in Hochfilzen stoßen Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint deshalb



Die alte Hofstelle in Hochfilzen wird derzeit ausgebaut, dort werden Ferienwohnungen errichtet.

Foto: Sint

mehr als sauer auf. Sowohl was den Freizeitwohnsitz, als auch was die Ferienwohnungen betrifft. „Wer glaubt, dass ein millionenschwerer Investor um viele Millionen ein Anwesen kauft, es um viel Geld ausbaut und dann dort eine Vermietung von Ferienwohnungen betreibt? Welcher ehemalige Manager der deutschen Nationalmannschaft kauft sich um Millionen ein Anwesen ohne Nachbarn, um sich dann Touristen in sein Haus zu holen?“, stellt sich Sint doch einige Fragen. Das alles sei absolut lebensfremd. „Zudem stellt sich auch bei den laufenden Bauarbeiten die Frage, um wie viel größer das Anwesen nach dem Um- und Ausbau durch Bierhoff wird.“

Beim Freizeitwohnsitz verlangt Sint, dass alle Zahlen auf den Tisch gelegt werden. „Wir wollen wissen, um wie



Foto: Böhm

„Es müssen alle Fakten auf den Tisch. Die großzügige Freiland-Regelung muss geändert werden.“

Markus Sint/Liste Fritz (Klubchef)

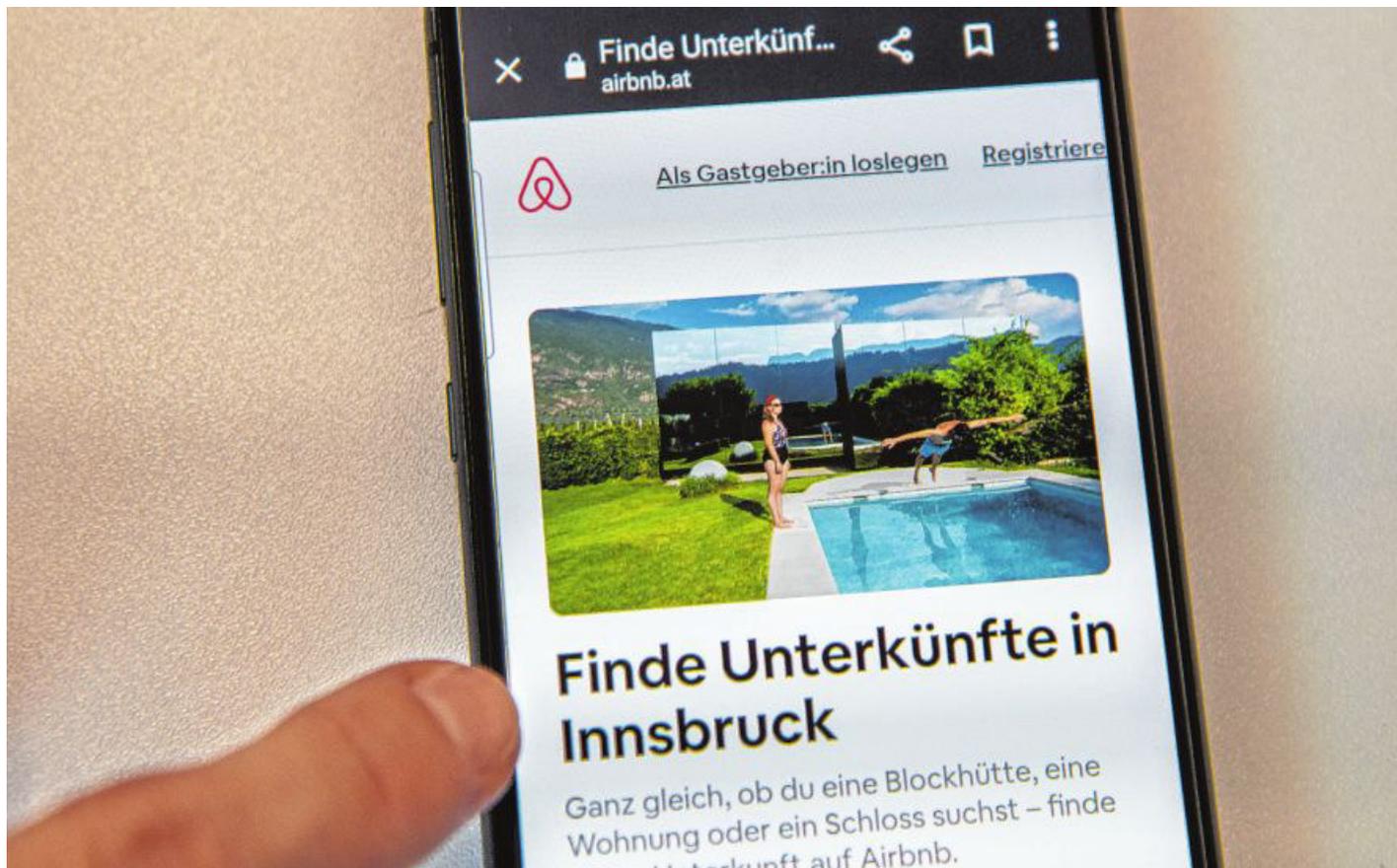
viel größer der genehmigte Freizeitwohnsitz nach dem Um- und Ausbau durch Bierhoff geworden ist.“ Eine entsprechende Landtagsanfrage hat der Klubchef an den für die Bodenpolitik zuständigen

Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) gestellt.

Generell ortet Sint Handlungsbedarf im Land. „In Tirol gilt die Regelung, dass Häuser im Freiland um bis zu 25 Prozent bzw. 300 Kubikmeter ausgebaut werden dürfen. Was einmal gut gemeint war, wird inzwischen missbraucht.“

Bodengesetze ändern

Aus seiner Sicht zeige sich, dass diese Freiland-Regelung viel zu großzügig sei und geändert gehöre, weil sie immer wieder missbraucht werde. Seine abschließende Kritik: Investoren, Gemeinden und die Landesregierung würden damit den Ausverkauf Tirols, auf Kosten und zu Lasten der Einheimischen befeuern. „Wir als Liste Fritz wollen diesen Ausverkauf unserer Heimat stoppen und diese Freiland-Regelung ändern.“



Die Zahl der Airbnb-Unterkünfte in Innsbruck wird meist mit rund 1500 angegeben. Die Stadt geht jedoch von einer weit höheren Zahl aus.

Foto: Falk

Airbnb-Wohnungen am Markt, Wien macht's vor

Seit den strengen Vermietregelungen werden viele Anlegerwohnungen in Wien verkauft, das Nachschärfen in Innsbruck wäre aber Landessache.

Von Brigitte Warenski

Innsbruck, Wien – Das Thema Wohnraum in Innsbruck hat in den letzten Tagen wieder an Fahrt aufgenommen – die *TT* berichtete. Dass zu wenige leistbare Wohnungen auf den freien Markt kommen, kritisiert u. a. Liste-Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Zu dieser „Verknappung und Verteuerung“ habe die Stadt selbst beigetragen, sagt sie.

Wie man den Wohnungsmarkt beleben kann, macht nun Wien vor. Ein Blick auf diverse Immobilienportale zeigt, dass derzeit zahlreiche Wohnungen zum Verkauf angeboten werden, viele davon sogar möbliert, das Mobiliar gibt es kostenfrei dazu. Der Großteil der Wohnungen befindet sich in aufstrebenden oder bereits angesagten Be-

„Wir wünschen uns auch in Innsbruck eine strengere Regelung für touristische Vermietungen.“

Janine Bex
(Stadträtin, Grüne)

zirken vom 1. bis zum 9. und dem 20. Grund dafür ist, dass die mit 1. Juli strengen Vermietregelungen, die auch kontrolliert werden, viele Wohnungen für Anleger unrentabel und damit uninteressant machen.

Die Wiener Stadtregierung hat beschlossen, dass die touristische Vermietung auf Plattformen wie Airbnb nur mehr bis 90 Tage im Jahr erlaubt ist, sofern der Vermieter dort dauerhaft seinen Wohnsitz (Haupt- oder Nebenwohnsitz) gemeldet hat. Für eine längere Vermietungs-

„Es werden erfolgreich Kellerräumlichkeiten vermietet, die pro Tag zwischen 200 und 300 Euro kosten.“

Manfred Hirsch
(Stadt Innsbruck)

dauer braucht es eine Ausnahmebewilligung, die nur befristet vergeben wird. Dass die Anlegerwohnungen auf den freien Markt kommen, „ist seit Monaten eindeutig zu sehen“, bestätigt man bei Remax-Immobilien.

Auch in Innsbruck „wünschen wir uns eine strengere Regelung für touristische Vermietungen, weil damit Wohnungen für eigentliche Wohnzwecke frei werden würden“, sagt die zuständige Stadträtin Janine Bex (Grüne). Problem sei, dass man hier als Stadt nicht nachschär-

fen kann. „Das kann nur das Land und daher geht mein Appell ans Land.“ Wie viele Unterkünfte in Innsbruck über Buchungsplattformen wie Airbnb oder Booking vermietet werden, ist nicht genau erurierbar.

Die Rede ist immer wieder von rund 1500, „aber das ist nur der aktuelle Tageswert. Sind die Unterkünfte nämlich schon im März für das ganze Jahr ausgebucht, werden sie von den Plattformen heruntergenommen, daher werden es sicher viel mehr sein“, sagt Manfred Hirsch vom Referat Gebäude- und Wohnungsregister. Wie viel Geld sich mit Unterkünften in Innsbruck machen lässt, weiß Hirsch. „Es werden Kellerräumlichkeiten erfolgreich an Touristen vermietet, die pro Tag zwischen 200 und 300 Euro kosten.“

Ein Fall für die Rettung, Empörung über Wurm

Kritik an den steigenden Kosten für den Rettungsdienst üben Liste Fritz und Grüne. Hat das Land vor zehn Jahren noch 21 Millionen Euro dafür aufgewendet, so sind es heuer bereits 40 Millionen. „Mittlerweile sprechen wir von einer Verdoppelung der Kosten. Und das nur, weil sich das Land mit Haut und Haaren in Abhängigkeit der Rettungsdienst Tirol GmbH begeben hat“, hält sich bei Liste-Fritz-Parteiobfrau und Gesundheitssprecherin **Andrea Haselwanter-Schneider** die Begeisterung ob dieser negativen Entwicklung in Grenzen.

Dass die Bereitschaft, freiwillig im Rahmen des Rettungsdienstes zu helfen, Jahr für Jahr stetig sinke und die Kosten deshalb explodieren, daran habe man bei Vertragsabschluss wohl nicht gedacht. Haselwanter-Schneider: „Das Land ist in Geiselschaft der Rettungsdienst GmbH und deshalb gezwungen, laufend Geld



Die Kosten für das bodengebundene Rettungswesen sind in Tirol auf nunmehr 40 Millionen Euro angewachsen.

Foto: Böhm

nachzuschießen. Das kann es wohl nicht sein.“

Die Liste-Fritz-Parteichefin nimmt Gesundheitslandesrätin **Cornelia Hagele** (ÖVP) in die Pflicht und wirft ihr Säumigkeit bei Reformen im Gesundheitswesen vor. In dieselbe Kerbe schlagen die Grünen. Klubobmann **Gebi Mair**, selbst Rettungssanitäter, fordert, endlich ein funktionierendes Funkarztwesen aufzubauen und

die Haus- und Fachärzte ins Rettungswesen einzubauen. Telemedizin sollte schon seit Jahren etabliert sein. Gesundheitssprecherin **Petra Wohlfahrtstätter** stößt sich an der Gleichung mehr Prävention bedeute weniger Rettungsfahrten: „Die Landesrätin übersieht die Bevölkerungsentwicklung. Wir werden alle – zum Glück – älter, das ergibt aber naturgemäß mehr Notfalleinsätze.“

Die Hetze von FPÖ-Nationalrat **Peter Wurm** gegen den Fahnenträger der deutschen Olympiamannschaft **Dennis Schröder** wird von den Grünen verurteilt. „Wer Menschen mit afrikanischen Vorfahren am Internet-Pranger mit einem Affengesicht versieht, muss sich genau das nennen lassen, was er ist: ein Rassist. Das gilt auch für freiheitliche Nationalräte, die wenig mit Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger und viel damit auffallen, dass sie Stereotype bedienen. Damit wollen sie Hass und Missgunst schüren, anstatt unsere Gesellschaft besser zu machen, und das lehne ich zutiefst ab“, empört sich Klubchef Gebi Mair.

Die freiheitliche Verkehrssprecherin **Evelyn Achthorner** spricht von einer verpassten Chance des Landes, die Achenseebahn als Weltkulturerbe zu nominieren. (pn)

Kandidat, Kohle, Kernthema

Neben den etablierten Parteien wollen am 29. September auch weitere Listen in den Nationalrat einziehen. Mit Politikberater Thomas Hofer analysiert die TT ihre Chancen.

Von Wolfgang Sablatnig

Wien – Nachhaltigen Erfolg haben auf Bundesebene die Grünen und vorerst die NEOS. Frank Stronach und Peter Pilz hingegen sind mit ihren Listen über den Status als Pop-up-Partei nicht hinausgekommen und haben keine Wiederwahl geschafft. Auch das Liberale Forum (1992–1999) und das orange BZÖ (2005–2013) sind wieder verschwunden. Ein anderes Beispiel ist Fritz Dinkhauser: Seine Liste ist in Tirol nicht mehr wegzudenken – bei der Nationalratswahl 2008 hingegen ist er gescheitert.

Aber was macht den Erfolg aus? Es braucht den richtigen Kandidaten, es braucht Geld, es braucht die richtigen Themen, meint der Politikberater Thomas Hofer. Außerdem müsse das politische Umfeld passen. Er fasst diese Punkte in fünf „Ks“ zusammen.

Eine Liste, die im Parlament mitmischen will, sollte möglichst viele dieser Punkte erfüllen. Hofer macht den Politik-Neulingen aber Mut. Wie bei vielen Regeln gibt es Ausnahmen. Das eine oder andere K könne entfallen, wenn dafür die anderen passen.

Kandidat. Das beste Beispiel sei Dominik Wlazny alias „Marco Pogo“. Bei der Nationalratswahl 2019 reichte es für nicht einmal 5000 Stimmen. Mit der Bundespräsidentenwahl 2022 konnte sich der Gründer der Bierpartei aber österreichweit als Marke etablieren. Auch die langjährige Grünen-Politikerin Madeleine Petrovic ist weithin bekannt.

Weniger gut steht es um den Faktor „Kandidat“ bei der KPÖ. „Tobias Schweiger wird zu tun haben“, sagt Hofer. Im Vergleich zur Grazer Bür-



Am Wahltag haben es die alten wie die neuen Parteien zumindest einmal auf den Stimmzettel geschafft. Ob sie dann auch an der Urne Erfolg haben, hängt von vielen Faktoren ab. Neulinge haben es besonders schwer.

Foto: APA/Gindl

germeisterin Elke Kahr und dem Salzburger Kay-Michael Dankl habe der Spitzenkandidat Nachholbedarf.

Kohle. Ein Wahlkampf kostet. Die etablierten Parteien leben von den staatlichen Förderungen. Wer neu ist, muss aber auf Spenden setzen. Die Bierpartei versucht es mit vergleichsweise hohen Mitgliedsbeiträgen und hat auf diesem Weg nach eigenen Angaben mehrere 100.000 Euro gesammelt.

Frank Stronach wiederum musste zur Kenntnis nehmen, dass auch viele Millionen als Eintrittspreis in die Politik zu wenig sein können.

„Es besteht die Gefahr, dass die eine oder andere Liste eine Pop-up-Partei bleibt.“

Thomas Hofer
(Politikberater)

Kanäle. Wer es schafft, in Internet und sozialen Netzwerken eine eigene Gefolgschaft aufzubauen, kann Mängel bei der Kohle zum Teil wettmachen. Wer Telegram, Instagram, Facebook und Co. gekonnt bespielt, braucht auch weniger Resonanz in den klassischen Medien.

Die FPÖ macht seit vielen Jahren vor, was eigene Kanäle

bringen. Hofer denkt aber auch an die Liste DNA bei der Europawahl am 9. Juni. Für ein Mandat reichten die 2,7 Prozent nicht. Ein Achtungserfolg waren sie dennoch.

Kernthema. Die Bedeutung eines beherrschenden Themas zeigte die Liste MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte) bei der oberösterreichischen Wahl im September 2021. Sie setzte auf den Frust über und den Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen und zog damit in den Landtag ein.

Erfolg versprechend sei, gegen „das System“ und gegen Korruption aufzutreten, weiß

der Experte. Frank Stronach, zum Teil Peter Pilz, bei EU-Wahlen Hans-Peter Martin spielten diese Karte. Schwierig sei dann, sich nach Anfangserfolgen festzusetzen. Sonst bleibe die neue Liste nur eine „Pop-up-Partei.“

Krise. 2013 waren die damaligen Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP beide schwach, bei der Nationalratswahl schafften es mit den NEOS und dem Team Stronach gleich zwei Parteien neu in den Nationalrat. Und drei Jahre später, bei der Bundespräsidentenwahl, stürzten die Kandidaten von SPÖ und ÖVP überhaupt ab.



Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, machte einen Lokalausweis in Scharnitz und stellt sich hinter die Bevölkerung

„Diese Deponie ist absurd“

Geplantes Projekt in Scharnitz lässt in der Bevölkerung die Wogen hochgehen. Klubobmann Markus Sint von der Liste Fritz gibt ihr Rückendeckung und warnt vor 10.800 Lkw-Fahrten.

Eine geplante Deponie erhitzt in Scharnitz derzeit die Gemüter. Sollte sie umgesetzt werden, wird sie rund 54.000 Kubikmeter fassen. Innerhalb von 20 Jahren soll sie verfüllt werden. Wie die im Landtag vertretene Liste Fritz vorrechnet, „ergeben sich allein daraus mindestens 10.800 Lkw-Fahrten“. Klubobmann Markus Sint sagte bei einem Lokalausweis kürzlich dazu: „Zusätzlich mehr als 10.000 Lkw-Fahrten nach Scharnitz zu lotsen, wäre geradezu ein politischer Schildbürgerstreich. Die Landesregierung hat nach jahrelangem Hin und Her mit viel Steuergeld eine Umfahrung in Scharnitz errichtet, um die geplagte Bevölkerung vom Durchzugsverkehr zu entlasten. Jetzt hier eine Deponie zu geneh-

migen und damit wieder zusätzlichen Verkehr herzuholen, ist absurd!“

„Deponiekapazität ist derzeit ausreichend“

Der Politiker führt noch weitere Zahlen ins Rennen, um aufzuzeigen, dass es die Deponie nicht benötigt. „Mit rund 500.000 Kubikmeter genehmigtem Deponievolumen im Umkreis von Scharnitz und insgesamt mehr als drei Millionen Kubikmeter Deponievolumen im Bezirk Innsbruck-Land gibt es ausreichend Deponiekapazität.“ Weiters unterstreicht er, dass mit Stand Ende 2022 für die kommenden sieben Jahre ausreichend Kapazität gegeben war. „Für diese Deponie in Scharnitz gibt es überhaupt keinen Bedarf, Null! Da will sich ein Grundbesit-

„
Für diese Deponie in Scharnitz gibt es überhaupt keinen Bedarf, Null! Da will ein Grundbesitzer ordentlich verdienen.“

Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag



Foto: Christof Birbaumer

chaftlichen Vorsorgefläche, ein Teil in der Roten Zone und der Rest in der Gelben Zone. „Zudem soll für die Deponie Wald abgeholzt werden, der laut Land Tirol eine Objekt- und Standort-schutzfunktion hat.“

Abschließend betont Markus Sint, dass „wir als Liste Fritz uns zu 100 Prozent auf die Seite der Scharnitzer Bürger und des Bürgermeisters stellen und Nein zur geplanten Deponie sagen. Für diese Deponie gibt es überhaupt keinen Bedarf, sie ist am völlig falschen Standort geplant, die Zufahrt mit Lkw verursacht schwere Sicherheitsprobleme. Zu Recht wehren sich Hunderte Bürger und die Gemeindeführung gegen Tausende zusätzliche Lkw-Fahrten, gegen krankmachenden Staub und Lärm.“ ms

zer eine goldene Nase verdienen und die Bevölkerung zahlt die Zeche, das darf nicht sein!“

Klubobmann verweist auf noch offene Fragen

Der Klubobmann macht zudem auf offene Fragen aufmerksam. Demnach liege ein Teil der geplanten Deponie auf einer landwirt-

FPÖ mahnt vor Kollaps in Region

Nach den heftigen Protesten der Bevölkerung in Scharnitz – die „Krone“ hat berichtet –, fordert nun auch die Tiroler FPÖ auf, die Bevölkerung ernst zu nehmen. Landesparteiobmann LA Markus Abwerzger betont dabei, dass die Bevölkerung nicht übergangen werden dürfe und fordert zu mehr direkter Demokratie auf. Zudem sei das Projekt „irrsinnig und wird auch von der FPÖ abgelehnt“. Der freiheitliche Klubobmann ortet zudem Gefahren aufgrund des verstärkten Verkehrsaufkommens: „Der drohende Verkehrskollaps durch die geplante Deponie in Scharnitz betreffe ja die ganze Region.“ Das Projekt soll rund 54.000 Kubikmeter fassen und innerhalb von 20 Jahren befüllt werden. Alleine daraus würden sich mehr als 10.000 Lkw-Fahrten ergeben, rechnete auch die Liste Fritz mit Klubobmann Markus Sint vor. Laut Angaben der Liste Fritz gäbe es im Umkreis von Scharnitz mehr als drei Millionen Kubikmeter Deponievolumen im Bezirk Innsbruck-Land – was ausreichend sei.

„Sprechen uns ganz klar gegen die Deponie in Scharnitz aus“

Bevölkerung erhält weitere Unterstützung. Der stellvertretende Landesumweltanwalt sieht „gravierende Beeinträchtigungen“.

Eine geplante Mülldeponie in Scharnitz stößt der Bevölkerung sauer auf. Rückendeckung bekommt sie nicht nur von der Liste Fritz, wie die „Krone“ berichtete, sondern jetzt auch von der Landesumweltanwaltschaft. Wie Walter Tschon, stellvertretender Landesumweltanwalt, betont, „sind bei uns schon sehr viele Anrufe von besorgten Bürgerinnen und Bürgern eingegangen, die

Wie viel Deponievolumen braucht es und wie viel steht in einer Region zur Verfügung? Das wird noch nicht berücksichtigt. Es braucht hier klare Regeln.

Walter Tschon ist der stellvertretende Landesumweltanwalt Tirols.



Foto: Christof Birbaumer

diese Deponie für nicht vertretbar finden“.

Weiters führt er aus, dass „durch die Deponie vor allem das sich dort befindliche Naherholungsgebiet von den Beeinträchtigungen betroffen wäre“. Dieses würde für mehrere Jahrzehnte den Erholungssuchenden nicht mehr zur Verfügung stehen, warnt Tschon. Und der Stellvertreter verdeutlicht: „Aufgrund der mündlichen

Verhandlung sowie des bisher vorliegenden Ermittlungsergebnisses spricht sich die Landesumweltanwaltschaft gegen eine Realisierung der beantragten Bodenaushubdeponie aus. Einerseits würden mit einer Realisierung dieses Projektes gravierende Beeinträchtigungen der diversen Natur- und Umweltschutzmedien einhergehen und andererseits sind die bisher glaubhaft gemachten öffentlichen Interessen für das Vorhaben nicht nachvollziehbar.“

Abschließend appelliert Tschon, dass „im Rahmen der Entscheidungsfindung die deutlich zum Ausdruck gebrachte Ablehnung der Gemeinde Berücksichtigung finden muss“. M. Schwaiger

Liste Fritz warnt vor dem Projekt Tschirganttunnel

HAIMING. Für die Liste Fritz ist die neuerliche Forderung der ÖVP angesichts der bevorstehenden Nationalratswahl ein reiner Wahlkampfeschmäh und eine freche Wählertäuschung: „Wie schon in der Vergangenheit, etwa 2017 und 2019, fällt der ÖVP jetzt plötzlich der Tschirganttunnel ein. Auch vor der Nationalratswahl 2019 hat ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter schon den Startschuss für den Tschirganttunnel gegeben, bekanntlich hat sich danach gar nicht mehr viel getan“, so die Liste Fritz. Pünktlich vor der Nationalratswahl hole die ÖVP dieses „Polit-Ungeheuer aus der politischen Mottenkiste“, ätzt Klubobmann Markus Sint.

Horrorvorstellung für das Außerfern

„Der Tschirganttunnel löst das Verkehrsproblem nicht, im Gegenteil, er verschärft es. Da



Klubobmann Markus Sint will von Megaprojekt nichts wissen Foto: Reichel

schaft die ÖVP eine neue Transitstrecke durch Tirol, die noch mehr Verkehr bringt. Ganz besonders für das ohnehin verkehrsgeplagte Außerfern ist das eine Horrorvorstellung! Mit dem Bau des Tschirganttunnels fällt auch das Lkw-Fahrverbot über 7,5 Tonnen“, warnt Sint vor möglichen Folgen.

Anrainer haben

Der Antrag für den Studentencampus Frau Hitt Straße wurde angenommen, jedoch nicht im Sinne der Anwohner.

LISA KROPIUNIG

„Jetzt wurde der absolute Tiefpunkt erreicht“, berichtet Bettina Schlorhauser über die Stimmung bei der Bürgerinitiative, die über ein Jahr lang intensiv dafür gekämpft hat, dass ein passendes Projekt in der Frau Hitt Straße verwirklicht wird. Die Anrainerinnen und Anrainer sind der Meinung, dass ein reines Studentenheim dem Stadtteil keinen Mehrwert bringt und würden sich ein gemischtes Wohnen mit Wohnungen für Seniorinnen und Senioren sowie Studenten und gegebenenfalls Universitätspersonal wünschen.



Bei einer Begehung im Mai 2023 wurde gezeitigt, wo das Bauprojekt hinkommen soll.

Foto: Lisa Kropiunig

Da der ehemalige Bürgermeister Georg Willi nicht von dem Konzept des Studentencampus abgewichen ist, wurden große Hoffnungen in den neuen Bürgermeister Johannes Anzengruber gesteckt. Doch der Antrag wurde nur mit wenigen, kleinen Änderungen bei der letzten Gemeinderatssitzung angenommen. Die FPÖ, KPO

sowie die Liste Fritz haben gegen den Antrag gestimmt.

Wollen Studenten so leben?

„Das Studentenheim an dieser Stelle ist unüberlegt, da es ein ruhiges Wohngebiet ist und ein Studenten-Hotspot passt hier nicht hin. Wenn hier zahlreiche Studenten wohnen, kommt es wahrscheinlich zu einer Insel-

Kampf verloren



Die Bürgerinitiative mit der Liste Fritz.

bildung“, meint Bettina Schlorhauser von der Bürgerinitiative und betont weiters, dass der Studentencampus in der Frau Hitt Straße auch für die Studierenden selbst nicht die beste Lösung ist, da hier zusammen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern zwei unterschiedliche Gruppen von Menschen aufeinandertreffen und somit

Konflikte entstehen können, was eigentlich niemand will, auch die Studentinnen und Studenten nicht. „Es wird nie gefragt, wie Studenten eigentlich leben wollen. Ein Studentenheim ist für jemanden, der neu in Innsbruck ist, ein guter Start, sobald sich die Studierenden jedoch eingelebt haben, suchen sie sich mit Freunden zusammen eine Wohnung“, so Schlorhauser weiter.

Gemischtes Wohnen

Im Antrag für den Studentencampus Frau Hitt Straße ist verankert, dass die Wohnungen primär von Auszubildenden aus dem Gesundheits- und Sozialbereich bezogen werden sollen. Nach dem Abschluss ihrer Ausbildung soll die Möglichkeit bestehen, dort befristet weiterzuwohnen. Jedoch sind diese Plätze natürlich begrenzt. Dass es sich bei den

Auszubildenden wahrscheinlich vorwiegend um Studenten handeln wird, liegt für die Bürgerinitiative klar auf der Hand. „Die Studenten werden in diesem Wohnprojekt klar bevorzugt, aber alle haben ein Recht auf Wohnen. Deshalb war auch von Anfang an unser Vorschlag und Wunsch, hier ein gemischtes Wohnen zu verwirklichen“, betont Bettina Schlorhauser abschließend.

WAS BISHER GESCHAH

 Unter dem QR-Code finden Sie alle Artikel zum Thema:



Noch ein Tunnel?

In der Diskussionen rund um das Fernpass-Paket kramt die ÖVP jetzt auch den Tschirgantunnel hervor.

GÜNTHER REICHEL

AUSSERFERN/IMST. Autofahrer brauchen gute Nerven, wenn sie, speziell jetzt in der Hauptreisezeit, entlang der Fernpassstraße unterwegs sind. Deutschlands längste Autobahn, die A7, bringt den (Urlauber)Verkehr zweiseitig an die Grenze heran, ab dem Grenzunnel geht es nur mehr einspurig auf der B179 weiter. Die Folgen sind hinlänglich bekannt: Stau.

Das Land Tirol will mit dem Fernpass-Paket gegensteuern: 2. Röhre in Lermoos, Scheiteltunnel, Maut und dazu diverse begleitende Maßnahmen. Seit Wochen werden diese Pläne intensiv diskutiert, jetzt kommt die nächste De-

batte dazu: Der Tschirgantunnel ist wieder im Gespräch.

Kanzler preschte vor

Bundeskanzler Karl Nehammer brachte das Thema bei einem Tirol-Besuch aufs Tapet. Die ÖVP glaubt, mit dieser Verbindung von Nassereith Richtung Inntal die Gurgtalgemeinden vom Verkehr entlasten zu können.

ÖVP sieht wichtige Entlastung

Für die Außerferner VP-Nationalrätin Elisabeth Pfurtscheller und VP-Kandidatin Margreth Falkner ein wichtiges Projekt. Der Tschirgantunnel, und ebenso diverse andere Straßenbauprojekte, seien als Infrastrukturprojekte im Bundesstraßengesetz verankert.

„Tirol hat vorgelegt, und mit dem Fernpass-Paket bereits ein machbares Maßnahmenprogramm auf den Weg gebracht, bei dem das 7,5-t-Lkw-Fahrverbot auf der B179 bleibt und die Belastungen

reduziert werden. Insbesondere die Umsetzung eines Tschirgantunnelprojekts, das Rücksicht auf die Gemeinde Haiming nimmt, würde eine wichtige Entlastung für das Tiroler Oberland im Allgemeinen sowie das Gurgtal im Besonderen bringen“, ist Elisabeth Pfurtscheller überzeugt.

Hohe Priorität für die ÖVP

Die aus Reutte stammende Nationalrätin scheidet nach den Neuwahlen aus dem Nationalrat aus. Ihr Mandat dürfte künftig Margreth Falkner besetzen. Als Nummer eins der ÖVP im Wahlkreis Oberland/Außerfern steht sie voll hinter dem Tschirgantprojekt: „Es darf bei der Umsetzung solcher großen Vorhaben keine Zeit verloren gehen, die Volkspartei muss als bestimmende Kraft in der nächsten Regierung dieses Projekt im Sinne der Bevölkerung im Tiroler Oberland ganz weit oben auf die Agenda schreiben.“

Tschirgant lebt auf

Warnungen vor dem Projekt

Der Aufschrei gegen den Tschirgantunnel ließ nicht lange auf sich warten. Die Liste Fritz spricht angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen von einem Wahlkampfschmah und einer Wählertäuschung durch die ÖVP. Pünktlich vor der Nationalratswahl hole die ÖVP dieses „Polit-Ungeheuer aus der politischen Mottenkiste“, ätzt Klubobmann Markus Sint.

Horrorvorstellung

„Der Tschirgantunnel löst das Verkehrsproblem nicht, im Gegenteil, er verschärft es. Das schafft die ÖVP eine neue Transitstrecke durch Tirol, die noch mehr Verkehr bringt. Ganz besonders für das ohnehin verkehrsgeplagte Außerfern ist das eine Horrorvorstellung! Mit dem Bau des Tschirgantunnels fällt auch das Lkw-Fahrverbot über 7,5 Tonnen“, warnt Sint vor Folgen.



Ein bekanntes Bild: Die zweiseitige A7 endet beim Grenzunnel, ab hier geht es nur noch einspurig weiter. Unge Staues sind die Folge. Archiv Zoom Tirol

BESSER INFORMIERT

i Weitere Berichte rund um das Fernpass-Paket finden Sie auf unserer Themenseite auf meinbezirk.at/reutte. Bitte QR-Code scannen.

